



Christophe Deloire Der Reporter ohne Grenzen ist besorgt.
Von Jean-Martin Büttner

Gepresste Freiheit

Wenn er etwas sagt, klingt er beunruhigt, empört oder schockiert. Die Reaktionen von Christophe Deloire haben mit seiner Funktion zu tun. Denn der französische Journalist, Buchautor und Verleger leitet seit vier Jahren die Dachorganisation von Reporter ohne Grenzen. Sie unterhält Ableger in der ganzen Welt. Zumindest dort, wo man Reportern keine Grenzen setzt. Und das kommt offenbar immer seltener vor, wenn man den aktuellen Bericht der Organisation liest.

Bei vielen Leadern diagnostiziert Deloire «eine Paranoia gegenüber legitimer journalistischer Arbeit». Akut lässt sich das Krankheitsbild bei Recep Tayyip Erdogan betrachten, dem türkischen Staatspräsidenten. Unter seiner zunehmend gereizten Herrschaft wurde die Pressefreiheit praktisch aufgehoben. Dazu kommen eine Repolonisierung der polnischen Medien, Meinungsgleichmacherei in Russland, chinesischer Druck auf Hongkong, bedrohte Pressefreiheit in Ostasien, Selbstzensur in Japan, Auftragsmorde an Journalisten in Mexiko, Gewalt gegen Medien auch in anderen südamerikanischen Ländern, Cyberüberwachung in den USA.

Die jeweiligen Begründungen ähneln sich verächtlich oft: Es gehe darum, den Terrorismus zu bekämpfen. Damit werden Journalisten und Journalistinnen kriminalisiert, die über Zustände in ihren Ländern recherchieren. Aber Diktatoren kennen keine Geduld, vertragen keine Kritik und haben keinen Humor. Dagegen setzen sich die Reporter ohne Grenzen ein, und darum steht Christophe Deloires Name fast ausschliesslich unter düsteren Schlagzeilen. «Die Bedrohung der Presse hat sich globalisiert», sagte er unlängst bei einem Besuch in Genf. Die Verurteilung dreier Fernsehjournalisten in Ägypten nannte er «infame, politisch motivierte Urteile». Und das Attentat auf die Redaktion von «Charlie Hebdo» einen «Albtraum, der zur Realität wurde».

Deloire sei zum Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen gewählt worden, schrieb der Vorstand vor vier Jahren, weil er recherchieren und schreiben könne, sich für die Freiheit der Information einsetzen und ein guter Manager sei. Der 45-jährige Ökonom hat unter anderem als Berliner Korrespondent des französischen Fernsehsenders TF1 gearbeitet; er führte das Politressort beim Magazin «Le Point» und betätigte sich im Verlag Flammarion als Verleger. Vier Jahre lang leitete er die Journalistenschule von Paris. Er hat Bücher zu politischen und gesellschaftlichen Themen verfasst.

Wie es sich für eine profilierte Person gehört, ist Deloire als Chef umstritten. Mehrere Journalisten hätten die Organisation verlassen, schrieb unlängst der «Canard enchaîné», eine der besten Recherchierzeitschriften Frankreichs. Sie werfen Deloire autoritäre Allüren vor, mangelnden Respekt und, man glaubt es nicht, die Unterdrückung der freien Meinungsäusserung. Christophe Deloire dementierte heftig.

Sanktionen Es deutet viel darauf hin, dass im Verhältnis zwischen Russland und Europa bald wieder Normalität suggeriert wird. Von Luca De Carli

Business as usual

Es sind gute Tage für die Presseabteilung des Kreml. Sie kann einen diplomatischen Erfolg nach dem anderen verkünden. Der Höhepunkt: In Brüssel trafen sich am Mittwoch zum ersten Mal seit zwei Jahren die Botschafter der Nato-Staaten und Russlands. Das westliche Militärbündnis hatte als Reaktion auf die russische Annexion der Krim und die Eskalation in der Ostukraine die regelmässigen Zusammenkünfte gestoppt. Inzwischen hat die Nato eingesehen, dass es in militärischen Krisenzeiten ohne direkten Draht nicht geht.

Auch unter europäischen Spitzenpolitikern setzt sich der Realismus immer stärker durch. Auffallend oft wird wieder die Nähe zum Kreml gesucht. Am Dienstag war der französische Aussenminister bei Wladimir Putin und verkündete, es sei unumgänglich, die Beziehung beider Länder zu vertiefen. Putins Staatsbesuch im Herbst in Paris werde freudig erwartet. Ende März schlug der deutsche Aussenminister in Moskau einen sehr versöhnlichen Ton an. «Wir brauchen einander», lautete die Kernbotschaft.

In Russland wird dies als Zeichen dafür verstanden, dass die Europäer bald einknicken. Ende Juli laufen die Wirtschaftssanktionen der EU aus. Eine Verlängerung, die nur einstimmig beschlossen werden kann, ist derzeit alles andere als sicher. Und dies, obwohl Russland im Konflikt mit der Ukraine keinen Millimeter nachgegeben hat. Die Separatisten im Osten werden weiterhin mit Waffen versorgt, russische Soldaten sind noch immer verdeckt aktiv, und an eine Rückgabe der Krim glaubt ohnehin niemand.

Noch wird in den meisten europäischen Statements zu Russland betont, dass für eine Rückkehr zur Normalität die Umsetzung des Friedensplans für die Ukraine zwingend sei. Doch es klappt wenig. Fast täglich gibt es Tote, schwere Waffen sind weiter an der Front präsent, und an eine Durchführung von freien Wahlen in den Separatistengebieten ist gegenwärtig nicht zu denken. Die Ukraine fordert dafür die Entsendung einer bewaffneten internationalen Friedenstruppe, für Russland kommt das nicht infrage. Kompromissbereitschaft ist auf beiden Seiten nicht zu erkennen.

In Europa hat die politische Führung der Ukraine mit ihren innenpolitischen Machtspielen



Hand anlegen: Deutschlands Aussenminister Frank-Walter Steinmeier trifft Wladimir Putin. Foto: Getty

und dem zu verhaltenen Reformkurs zuletzt viel Kredit verspielt. Die Bereitschaft sinkt, aus Solidarität mit Kiew die negativen Folgen der russisch-europäischen Sanktionspolitik zu tragen. In Rom, in Paris - und nun gar in Berlin.

Merkel in der Defensive

Ob die europäische Sanktionspolitik verlängert wird, hängt stark von Angela Merkel ab. Sie betont weiter, dass es für ein Nachgeben zu früh sei. Bislang sind ihr alle EU-Staats- und Regierungschefs gefolgt. Doch die Kanzlerin gerät auf mehreren Ebenen in die Defensive: Erstens wollen die Spitzenkräfte ihrer Koalitionspartner SPD und CSU den harten Kurs gegenüber Russland lieber heute als morgen aufgeben. Die Chefs beider Parteien waren in den letzten Monaten zu «Privatbesuchen» im Kreml. Zweitens hat die Regierung Merkel mit ihrer Unterstützung für

eine zweite Ostsee-Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland viele EU-Länder vor den Kopf gestossen. Acht Mitgliedsstaaten schickten deswegen im März einen Protestbrief an die EU-Kommission. Unter ihnen sind auch solche, die schon bisher grosse Mühe mit den Russland-sanktionen bekundeten. Drittens haben der Krieg in Syrien und die Atomverhandlungen mit dem Iran gezeigt, wie viel einfacher Diplomatie ist, wenn der Kreml mitzieht. Ein Konfrontationskurs in der Ukraine und Kooperation in allen anderen Fragen, wie es der EU in ihrer neuen Russlanddoktrin vorschwebt, wird auf Dauer nicht funktionieren. Es spricht derzeit viel dafür, dass sich der Krieg in der Ostukraine im besten Fall einfrieren lässt. Russland hat mehrere solcher «frozen conflicts». Mit allen hat sich Europa arrangiert. Bei der Ukraine wird es über kurz oder lang auch so sein.

Replik Graubünden ist erfolgreicher, als der «Tages-Anzeiger» es darstellt. Selbst im Vergleich zu Zürich steht der Bergkanton nicht schlecht da. Von Magdalena Martullo-Blocher

Weltoffen, vernetzt, flexibel

Fabian Renz listet in seinem Artikel über Graubünden (TA von Samstag) eine Reihe Hiobsbotschaften auf. Der «Sturz des Steinbocks» (wohin wohl?) wird heraufbeschworen. Der stolze Bündner soll am Verschwinden und, nicht zuletzt aufgrund der Nationalratswahl, mitleiderregend sein. Die Prämierung von Zeus Palma an den Braunvieh-Europameisterschaften soll der einzige Lichtblick in einer düsteren Bündner Wirtschaftskrise sein. Man finde nicht einmal mehr den Mut, eigene Politiker nach Bern zu schicken...

Doch wie steht es um Graubünden wirklich? Der wichtige Tourismus leidet unter dem Franken. Die Zweitwohnungsinitiative trifft die Branche und lässt die Bauaufträge einbrechen. Gerade die Zweitwohnungsinitiative zeigt die Problematik mit dem Unterland gut. Zu Hause im Dichtstress, mobil unterwegs, modernster Technologie frönend, sehnen sich die Unterländer nach einer «intakten Natur». Diese Idylle realisieren sie dann nicht vor ihrer Haustür, sondern schreiben sie, oft ohne lokale Kenntnisse, den Bergregionen vor.

So sollen keine neuen Bauten mehr entstehen, Nationalpärke vor Nutzung geschützt, der Wolf und der Bär am Leben gelassen werden. Die Täler sollen bevölkert bleiben und den Feriengast, wann immer der Lust hat, herzlich empfangen. Arbeitsplätze interessieren den Unterländer weniger. Günstigere Ferienangebote zieht er ohne schlechtes Gewissen den einheimischen vor. Mit tieferen Wasserzinsen soll Graubünden neuerdings auch noch für die miserable Energiepolitik des Mittellands bluten.

Hand aufs Herz: Könnten Sie sich einen Kanton Zürich vorstellen mit einer viermal so grossen Fläche, 150 Tälern und einer dreisprachigen Bevölkerung von nur 196 000 Einwohnern?

Wie würde Zürich aussehen, wenn plötzlich kein Neubau mehr möglich wäre, ganze Dörfer und Städte «eingefroren» wären? Wer würde für die Infrastruktur aufkommen, wo wären die Arbeitsplätze, wenn der Flughafen, der Hauptbahnhof, die ETH und die Uni nicht da wären? Der Uetliberg, obwohl von einem innovativen Bündner betrieben, würde als Tourismusmagnet wohl kaum genügen...

Geringe Arbeitslosigkeit

Und trotzdem! Graubünden hat es immer wieder geschafft, den widrigen Umständen zu trotzen. Man nutzte das, was man hatte, vermarktete die einmalige Berglandschaft, den Rohstoff Holz und die Wasserkraft, baute die Pässe aus und pflegte Beziehungen ausserhalb des Kantons. Ausgewanderte Zuckerbäcker oder Feriengäste, mit der Bergregion verbunden, brachten und bringen heute noch neue Ideen und Geld. Die Landwirtschaft ist modern und vielfältig, die Prämierung

«Unterländer machen den Bergregionen Vorschriften.»



Magdalena Martullo-Blocher
SVP-Nationalrätin
CEO Ems-Chemie

von Zeus Palma wohl kein Zufall. Berührungsängste oder Angst vor Neuem kennt der Bündner nämlich nicht.

Trotz Rückgängen im Tourismus und im Bau verzeichnet Graubünden aktuell eine Arbeitslosigkeit von nur 1,7%. Der Kanton Zürich hat 3,9%. Die Bündner Rechnung schloss im schwierigen Jahr 2015 sogar mit einem Überschuss ab. Arbeitgeber, Ausbilder und Steuerzahler werden in Graubünden geschätzt. Bei nur fünf Nationalräten ist man auch da auf eine gute Wahl angewiesen. Im Kanton Zürich mit seinen 35 Sitzen kann man, wie mit der Wahl von Tim Guldemann bewiesen, diese sogar ins Ausland «auslagern».

Um neben der unbeschreiblichen Landschaft auch die kämpferischen, weltoffenen, auf eigenen Werten immer wieder neu aufbauenden Eigenschaften des Bündners zu sehen und zu verstehen, muss man sich wohl vom stereotypen Grosskantonsdenken lösen. Das lohnt sich wie jeder kürzere oder längere Aufenthalt in Graubünden!

Deshalb: Wenn Sie das nächste Mal bei Domat/Ems vorbeikommen, dann konzentrieren Sie sich nicht nur auf die stillgelegte Betonbrache und die Neuansiedlungen, sondern achten Sie auch auf den florierenden Betrieb dahinter, der sich in den letzten 80 Jahren viermal komplett neu erfinden musste und auch 2015 und 2016, trotz Frankenstärke, wiederum je über 35 Millionen Franken am Standort investiert. Solche und ähnliche unternehmerische Beispiele gibt es in Graubünden nämlich viele!

Denn: So kritisch berichten kann wirklich nur ein abgewandelter Bündner über das Bündnerland. Da fahren die Bündner wohl doch besser mit einer Zürcherin in Bern...